

Mitteilung des Senats vom 14. Oktober 2003**Bremen ganz vorn beim Bundesländer-Dynamik-Ranking**

Die Fraktion der CDU hat unter Drucksache 16/44 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

1. Worauf führt der Senat das erfolgreiche Abschneiden Bremens zurück, bzw. welche Umstände haben wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis der Studie genommen?

Das Ranking untersucht, wie sich 19 zentrale ökonomische, soziale und politische Kennziffern in den Jahren 2000 bis 2002 verändert haben. In die Untersuchung fließen nicht die Niveauwerte der einzelnen Kennziffern ein (z. B. die absolute Höhe der Arbeitslosenzahlen), sondern deren Veränderung (d. h. der Anstieg/Rückgang der Zahl der Arbeitslosen). Wirtschaftliche Dynamik eines Landes wird somit als Veränderung und nicht als Bestandsgröße gemessen.

Die Teilindikatoren wurden zu fünf Hauptindikatoren aggregiert, die mit unterschiedlichen Gewichten bei der Aufstellung des Länder-Rankings berücksichtigt wurden. Dabei belegt Bremen mit 115,7 Punkten nur sehr knapp den zweiten Platz hinter dem Saarland mit 116 Punkten.

Ein Blick auf diese fünf Hauptindikatoren zeigt, dass das gute Abschneiden Bremens maßgeblich durch folgende Teilergebnisse bestimmt wird:

- Bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes verzeichnet Bremen jeweils entgegen dem Bundestrend einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen sowie einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen. Bei diesem Einzelindikator belegt Bremen den zweiten Rang.
- Beim Wohlstandsindikator (Wirtschaftswachstum, Produktivität) erreicht Bremen in den Jahren 2000 bis 2002 ebenfalls über dem Durchschnitt liegende Werte und belegt unter allen Ländern Rang vier.
- Bei der Bewertung der Entwicklung der Standortqualität (Entwicklung der Arbeitskosten, Bildungsausgaben, Patentanmeldungen, Bevölkerungsentwicklung, Infrastruktur u. v. m.) belegt Bremen mit großem Abstand den ersten Platz unter allen Ländern.

Das Ergebnis zur Standortqualität korrespondiert mit der Standortumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) aus dem Frühjahr 2002. Bei dieser Unternehmensbefragung in den 82 Industrie- und Handelskammern Deutschlands schneidet der Bezirk der Handelskammer Bremen bei der Veränderung der Standortbedingungen während der letzten drei Jahre im Urteil seiner Unternehmen am besten ab.

Aktuell bestätigt wird dieses Stimmungsbild in einer Unternehmensbefragung der Management- und IT-Beratung Cap Gemini Ernst & Young. Bei insgesamt schlechter Stimmung im Bundesgebiet bewerten die Bremer Unternehmen ihre

wirtschaftlichen Aussichten in den nächsten sechs Monaten am besten. So geht über die Hälfte der befragten Unternehmen davon aus, dass sie steigende Auftragszahlen zu erwarten hätten.

In eine ähnliche Richtung weist auch der aktuelle Konjunkturreport der Handelskammer Bremen von Herbst 2003, der für Bremens Wirtschaft ein besseres Stimmungsbild zeichnet als im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Die positiven Ergebnisse hinsichtlich der Entwicklung der Standortgüte Bremens machen deutlich, dass im Wettbewerb unter den Standorten in Deutschland Standortbedingungen gestaltbar sind. Die auf die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft abzielende Investitionspolitik der vergangenen Jahre hat zu einer deutlichen Steigerung der Attraktivität Bremens für private Investoren geführt.

Ausgangspunkt für diesen Befund ist die mit Beginn der Sanierungspolitik vorgenommene Neujustierung der bremischen Förderinstrumente in den zentralen Handlungsfeldern Wirtschaftsförderung, Wissenschaftspolitik und Arbeitsmarkt. Damit zielen die regionalen Fördermaßnahmen des Landes sowohl auf alle relevanten Infrastrukturfelder (Gewerbeflächen, Fremdenverkehr, Forschung und Entwicklung, Wirtschafts- und Wissenschaftsinfrastruktur), wie auch direkt auf alle wesentlichen unternehmerischen Aktivitäten ab – von der Investitions-, Ansiedlungs- und Existenzgründungsförderung über Markterschließungsvorhaben für neue Produkte bis hin zu Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in innovativen Technologiefeldern sowie Förderungen im Bereich der beruflichen Qualifizierung und des Arbeitsmarktes zur aktiven arbeitsmarktpolitischen Flankierung des Strukturwandels.

Von besonderer Bedeutung ist das synergetische Zusammenwirken der im Rahmen des Investitionssonderprogramms (ISP) umgesetzten und noch umzusetzen- den Projekte in den Bereichen Tourismus-, Wissenschafts-, Verkehrs- und wirtschaftsnahe Infrastruktur. Die im Rahmen der ISP-Evaluierung ermittelte Wirkungsanalyse zeigt auf, dass von den langfristig zu erwartenden Effekten des ISP bereits im Jahr 2002 ein messbarer Teil eingetreten ist.

Beim wirtschaftlichen Strukturwandel lässt sich ein deutlicher Fortschritt bilanzieren. Dazu gibt die Entwicklung am aktuellen Rand unterschiedliche Hinweise. Einen ersten Hinweis enthalten die in den letzten Jahren über dem Bundesdurchschnitt liegenden Wachstumsraten. Bemerkenswert ist, dass sich diese Entwicklung in einer bundesweiten konjunkturellen Abschwächung vollzogen hat. In den 80er und 90er Jahren dagegen gab es in konjunkturellen Krisenzeiten gerade in Bremen wesentlich einschneidendere Schrumpfungsprozesse als im übrigen Bundesgebiet. Hier scheint die Veränderung der Wirtschaftsstruktur und deren Modernisierung dazu geführt zu haben, dass die bremische Wirtschaft insgesamt resistenter gegenüber konjunkturellen Krisen geworden ist.

Sektoral betrachtet verzeichnet das Produzierende Gewerbe überdurchschnittliche Wertschöpfungszuwächse bei bis Ende der 90er Jahre abnehmender und sich am aktuellen Rand stabilisierender Beschäftigtenzahl – auch dies ist ein Indiz für eine verbesserte Performance der bremischen Industrie. Im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen ist es zu einem beschleunigten Aufholprozess gekommen. Dieser für den Strukturwandel strategisch wichtige Bereich ist in den zurückliegenden Jahren stets Träger des bremischen Beschäftigungsaufbaus gewesen.

Einen weiteren Hinweis für eine sich durchsetzende Modernisierung der Wirtschaft gibt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Seit 1994 übertrifft die Pro-Kopf-Leistung in Bremen den Bundesdurchschnitt. Damit konnte der frühere Rückstand kontinuierlich abgebaut und in einen größer werdenden Vorsprung verwandelt werden. Daraus lässt sich unmittelbar ableiten, dass die Modernisierung der bremischen Wirtschaft zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Wirtschaft geführt hat.

Insgesamt schlug die positive Entwicklung bei Wachstum und Produktivität noch nicht auf die Nachfrage nach Arbeitskräften durch. Zwar stellt sich die Veränderung am bremischen Arbeitsmarkt insbesondere in den Jahren 2000 und 2001 mit kräftigen Beschäftigungszuwächsen positiver dar als im Durchschnitt aller anderen Bundesländer. Gleichwohl ist die Situation am bremischen Arbeitsmarkt nach

wie vor unbefriedigend. Darin ist eine gewisse Härte der Modernisierung der bremischen Wirtschaft zu erkennen, die aufgrund der erzielten Produktivitätsgewinne mit Beschäftigungsverlusten in nicht wettbewerbsfähigen Bereichen einhergeht. Daraus sollte jedoch nicht der Verzicht auf die Sanierungspolitik geschlussfolgert werden, da nur auf der Basis einer wettbewerbsfähigen, diversifizierten Wirtschaftsstruktur (langfristig) Beschäftigungszuwächse wieder zu erzielen sein werden. Zu diesem Ergebnis kommt auch die im Rahmen der ISP-Evaluierung angestellte Wirkungsanalyse, die den vollständigen Eintritt der Beschäftigungseffekte des ISP für das Jahr 2016 berechnet.

2. Sieht der Senat das vorliegende Ergebnis auch als Bestätigung der vollzogenen Sanierungsstrategie „Investieren und Sparen“?

Die Sanierungsstrategie „Investieren und Sparen“ zielt generell auf die Verbesserung der bremischen Haushaltssituation durch Stärkung der Wirtschaftsstruktur und somit Erhöhung der Steuerkraft ab. Die seit 1994 getätigten Investitionen innerhalb des in Abstimmung mit dem Bund vorgelegten Investitionssonderprogramms (ISP) können naturgemäß erst zum Teil ihre Wirkung erzielt haben, da ein Großteil der Projekte noch nicht vollständig realisiert wurde und im Übrigen grundsätzlich mit time lags in der Messbarkeit von Wirkungen zu rechnen ist. Die vom Prognos Institut vorgenommene Evaluierung des ISP kommt zu dem Ergebnis, dass die volle Wirkung erst ab 2016 eingetreten sein wird. Dennoch kann konstatiert werden, dass die Strategie „Investieren und Sparen“ offenbar bereits schon jetzt erste sichtbare Erfolge bei der Überwindung der wirtschaftsstrukturellen Probleme aufzeigt und insofern auch ein direkter Zusammenhang zwischen gewählter Strategie und bremischer Wirtschaftsentwicklung besteht.

Die Gutachter der ISP-Evaluierung stellen in diesem Zusammenhang fest, „dass das Land Bremen durch das Investitionssonderprogramm in die Lage versetzt wurde, eine Angleichung an die westdeutsche Wirtschaftsentwicklung herzustellen. Weiterhin zeichnet sich ab, dass im Rahmen des ISP zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht wurden, die nachhaltig dazu beitragen, dass zukünftig der Abstand zur wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands verringert wird. (...) Die vorliegende Wirkungsanalyse des ISP hat gezeigt, dass weitreichende und nachhaltige Veränderungen im Land Bremen bewirkt werden konnten. Zu einzelnen Zielen ist festzustellen dass,

- eine Verbesserung der regionalen Produktionsbedingungen durch Ausweitung zum Teil qualitativ hochwertiger Gewerbeflächen sowie der Entwicklung der Forschungs- und Entwicklungslandschaft,
- die Initiierung privater Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen,
- die Sicherung und Schaffung von Dauerarbeitsplätzen durch Maßnahmen des ISP (...),

bereits erreicht wurden und zukünftige weitere nachhaltige Effekte erwartet werden dürfen.“¹

3. Welche Synergieeffekte aus ansiedlungspolitischen Entscheidungen haben nach Ansicht des Senats den ausschlaggebenden Faktor für das positive Abschneiden Bremens gegeben?

Ein Musterbeispiel für synergetische Effekte ist die Entwicklung des Technologieparks Universität Bremen. Dort ist nach den jüngsten Umfragen die Zahl der Unternehmen von 230 mit 3.395 Mitarbeitern in 1998 auf gegenwärtig 322 mit 6.200 Mitarbeitern gestiegen. Die Nähe von Wirtschaft und Wissenschaft hat einen entscheidenden Anteil am positiven Image des Technologieparks Universität Bremen als zentralem Standort für innovative technologieorientierte Unternehmen. Durchschnittlich ist jedes Unternehmen seit seiner Ansiedlung im Technologiepark pro Jahr um zwei Mitarbeiter gewachsen. Gerade kleine Unternehmen mit zwei bis fünf Mitarbeitern sind die Jobmaschine des Technologieparks. Das durch die erfolgreichen Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft geschaffene positive und innovative Milieu erzeugt eine Aufbruchstimmung, die es weiter inten-

1 Wirkungsanalyse des Investitionssonderprogramms (ISP) des Landes Bremen, Prognos AG, Bremen 2002, S. 140.

siv zu unterstützen gilt durch eine abgestimmte Vorgehensweise der Ressorts für Wirtschaft und Wissenschaft.

Synergieeffekte lassen sich auch im Bremer Osten durch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bei gleichzeitiger Bereitstellung attraktiver Gewerbeflächen beobachten, da diese Maßnahmen die positive Entwicklung vorhandener Unternehmen gestärkt und auch zu Neuansiedlungen geführt hat.

4. Welche Rolle spielt die begonnene und fortzuführende Umstrukturierung des Verwaltungsapparates für die zukünftige positive Entwicklung Bremens?

Die bremische öffentliche Verwaltung befindet sich in einem kontinuierlichen Prozess der Verwaltungsmodernisierung. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine Konzentration auf hoheitliche Aufgaben im Kernbereich bei gleichzeitiger Kostenreduzierung, insbesondere durch Personalabbau und Optimierung von Aufbau- und Ablaufstrukturen. Die Schaffung von Eigenbetrieben, die Gründung von Gesellschaften des privaten Rechts und die damit verbundene Übertragung der öffentlichen Aufgabenerfüllung verstärken die Produktivitätserhöhung. Die bremische Verwaltung entwickelt sich dadurch faktisch zu einem „Konzern Bremen“. Das Angebot öffentlicher Dienstleistungen ist durch neue Vertriebsformen wie den Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnik (eGovernment) und lokaler Dienstleistungszentren sowie dem Bürger-Service-Center qualifizierter geworden. Der konstruktive Dialog zwischen Bürgern/Unternehmen und Verwaltung wird gefördert, um die Idee der Bürgerstadt nachhaltig zu unterstützen.

Durch die Koalitionsvereinbarung für die 16. Wahlperiode 2003 bis 2007 wird diese Entwicklung weiter getragen. Die folgenden Punkte sind umzusetzen:

- Aktive Bürgerstadt,
- Bürokratieabbau,
- Stärkung des Konzernmanagements,
- Personalmanagement im Konzern/Personal 2010,
- Neue Verwaltungssteuerung,
- Neue Medien und eGovernment sowie
- verstärkte Kooperation mit Niedersachsen.

Die Modernisierung und Anpassung der bremischen öffentlichen Verwaltung ist für die Entwicklung Bremens ein bedeutender Standortfaktor. Durch Bürokratieabbau neben anderen Aspekten beeinflusst die öffentliche Verwaltung die Struktur (z. B. Infrastruktur, Einwohnergewinnung, Arbeitsplätze) insbesondere bremischer Wirtschafts- und Finanzpolitik.

5. Welche Maßnahmen werden nach Ansicht des Senats eine weitere positive Entwicklung gewährleisten können?“

Um die erkennbare positive Entwicklung weiter zu verstärken, müssen die Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft des Landes Bremen und die damit im Zusammenhang stehende Investitionspolitik auch zukünftig auf hohem Niveau fortgeführt werden.

Im Bereich der Innovations- und Technologiepolitik erfolgt in den kommenden Jahren eine Konzentration auf ausgewählte Schwerpunktfelder (Blaue Biotechnologie, TIME, Gesundheit, Umwelt, Logistik, Luft und Raumfahrt und Design), in denen Kompetenzcluster und deren Wertschöpfungspotentiale ausgebaut und entwickelt werden. Die im InnoVisionsprogramm 2010 dargelegten Ziele werden konsequent umgesetzt.

Auch in der Gewerbeflächenentwicklung wird der Clustergedanke weiter verfolgt. Dieser Ansatz gründet auf bisherigen positiven Erfahrungen mit erfolgreichen Projekten wie dem Technologiepark Universität, dem Güterverkehrszentrum (GVZ) Bremen und dem Fischereihafen in Bremerhaven, die sich durch spezialisierte und netzwerkbildende Profilierungen auszeichnen. Dieser Ansatz

wurde in der Fortschreibung des Integrierten Flächenprogramms 2010 konsequent weiterentwickelt, das auf die Entwicklung eines bedarfsgerechten, regional und qualitativ differenzierten Gewerbeflächenangebots zur Neuansiedlung von Unternehmen und für die Erweiterung bzw. Umsiedlung bestehender Betriebe zielt.

Die Stärkung der wissenschaftlichen Infrastruktur in Bremen und Bremerhaven ist eine der notwendigen Voraussetzungen für die weitere wirtschaftliche und finanzielle Stabilisierung des Landes. Grundlage hierfür sind der Wissenschaftsplan 2010 und das InnoVisionsprogramm 2010, mit denen die technologische Leistungsfähigkeit gesteigert und Technologiepotenziale von hoher strategischer Relevanz für die Standorte Bremen und Bremerhaven zukunftsorientiert weiter entwickelt werden sollen.

Die Mittelstands- und Existenzgründungsförderung wird auch zukünftig eine maßgeschneiderte Maßnahmenpalette zur unmittelbaren Förderung von Unternehmen und Gründungen durch Finanzierung, Beratung und Qualifizierung anbieten und damit Anreize für private Investitionen am Standort Bremen bieten.

Die „Qualifizierungsoffensive für den Strukturwandel“ gewährleistet auch künftig eine Stärkung des Standortfaktors Qualifikation. Die Förderpolitik des bremischen Senats verfolgt eine konsequente, auf die Bedarfe der Wirtschaft abgestimmte Förderpolitik. Durch die enge Zusammenarbeit der Ressorts Arbeit, Bildung und Wirtschaft wird sichergestellt, dass das regionale Arbeitskräftepotential nachhaltig für aktuelle und künftige Anforderungen gerüstet ist.

Mit dem Landesprogramm „Bremen in T.I.M.E.“ stärkt der Senat Bremens Stellung in den Bereichen Telekommunikation, Informationstechnik, Multimedia und Entertainment.

Die Außenwirtschaftsförderung wird zukünftig noch stärker auf eine gezielte Akquisitions- und Förderpolitik focussieren, um Bremens Rolle als internationaler Wirtschaftsstandort weiterhin zu sichern und auszubauen. Grundlage hierfür ist das Außenwirtschaftsprogramm 2010.

Sein besonderes Augenmerk wird der Senat auf die Weiterentwicklung und Optimierung der bremischen Hafenanlagen richten. Die ständig wachsenden Weltseeverkehre – und hier insbesondere der Containerverkehr – bieten die Chance, zusätzliche Beschäftigung im Land Bremen zu schaffen. Daher wurde bereits bedarfsgerecht in die Kaje- und Schleusen-Infrastruktur investiert. Mit CT III a und CT IV wird die Zukunft des Hafenstandortes Bremerhaven weit über das Jahr 2010 hinaus gesichert. Darüber hinaus verbindet der Senat mit der Beteiligung Bremens am Jade-Weser-Port die Erwartung an das Zusammenwachsen einer norddeutschen Hafenregion mit umfassenden Kooperationen auf Unternehmensebene.

Eckpunkte im Bereich der Verkehrspolitik sind die verbesserte Anbindung von Wirtschafts- und Siedlungsstandorten, der Ausbau der regionalen sowie der überregionalen Hinterlandanbindung der bremischen Häfen sowie die Stärkung der Verflechtung der Städte Bremen und Bremerhaven mit der Region. Durch die Optimierung des Verkehrsgeschehens sowohl für Güter als auch für Personen auf den Verkehrsträgern Straße, Schiene, Wasserstraße und Luft sowie durch die Förderung der Intermodalität von Transporten werden die Positionen Bremens und Bremerhavens als Logistikstandorte und Verknüpfungspunkte für den Personenverkehr unter Optimierung der Umwelt- und Stadtverträglichkeit gestärkt.

Tourismus und Veranstaltungswesen sind in Bremen tragende Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung mit hervorragenden Perspektiven für die Zukunft. Sie sind in der Lage, ein positives Bremen-Image zu vermitteln, das sich auch auf andere Wirtschaftszweige förderlich auswirkt. Für die Zukunft gilt es insbesondere, den Kongress- und Tagungsstandort Bremen weiter zu stärken. Der nächste zentrale Meilenstein hierbei ist der geplante Ausbau der Stadthalle Bremen.

Die weitere Attraktivierung der Innenstädte und Nebenzentren bleibt ein Schwerpunkt der Sanierungspolitik. Mit der erfolgreichen Umsetzung des Innenstadtsprogramms und im Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Vorhaben entstanden eine Reihe von publikumswirksamen Angeboten und Einrichtungen,

die dazu beigetragen haben, dass die Bremer Innenstadt und ihre Einrichtungen an Zuspruch gewonnen haben. Auch in Bremerhaven wurde mit der erfolgreichen Umsetzung des Projektes „Neue Stadtmitte“ der zukunftsgerichtete Umbau der Innenstadt eingeleitet. Dieser soll insbesondere im südlichen Bereich fortgesetzt werden. Darüber hinaus ergeben sich für Bremerhaven aus der Erschließung des immer bedeutender werdenden Städtetourismus enorme Entwicklungspotentiale. Aus diesem Grunde haben Senat und Magistrat der Stadt Bremerhaven noch in der laufenden Legislaturperiode die Erschließung des Bereichs Alter-/Neuer Hafen für den maritimen Städtetourismus auf die wirtschaftspolitische Agenda Bremerhavens gesetzt.